Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 260. **Sonntag** den 16. September 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung, den Confirmanden-Unterricht betreffend.

Die Zahl der Confirmanden, welche für die hiesigen evangelisch-lutherischen Geistlichen durch die Schulen angemeldet werden, ist erfahrungsgemäß bei einzelnen Geistlichen eine so hohe, daß diese durch das Maß ihrer Arbeitskraft und zugleich in Gemäßheit der bestehenden Vorschriften genöthigt sind, einen erheblichen Theil der bei ihnen angemeldeten Knaben und Mädchen diesem oder jenem anderen Geistlichen zu überweisen.

In Rücksicht darauf ergeht an alle Eltern, welchen daran liegt, daß ihr Kind von einem bestimmten Geistlichen unterrichtet werde, und welche sich die Annahme ihres Kindes durch diesen Geistlichen sichern wollen, hiermit die Bitte:

ihr Kind bei dem gewünschten Geistlichen selbst — wenn möglich persönlich, unter Zuführung des Kindes, andernfalls wenigstens **schriftlich — bis zum 6. October d. J.** anmelden zu wollen.

Eltern, welche diese Anmeldung unterlassen, haben zu gewärtigen, daß, wenn die zulässige Zahl von Confirmanden bei dem gewünschten Geistlichen erfüllt ist, ihr Kind von diesem nicht mehr angenommen werden kann und einem andern Geistlichen überwiesen werden muß.

Persönliche Anmeldungen werden von den Geistlichen in den Tagen **vom 1. bis zum 6. October Nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr** in ihren Wohnungen angenommen.

Söhne und Töchter, **welche außerhalb Leipzigs wohnen,** bedürfen zur Aufnahme in den Confirmanden-Unterricht in Leipzig eines von den Eltern zuvor einzuholenden **Ortsnachweises ihres heimathlichen Pfarrers.**

Ueberdies wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Eltern und nur die Eltern zu bestimmen haben, von welchem Geistlichen ihr Kind zur Confirmation vorbereitet werden soll.

Zur Entgegennahme von Confirmanden-Anmeldungen sind bereit und berechtigt:

I. bei **St. Thomae:**
1) Superintendent und Pfarrer D. Kaul.
2) Archidiakonus Dr. Suppe.
3) Erster Diakonus und Vicefunctionsprediger Lic. Dr. von Criegern.
4) Zweiter Diakonus Dr. Krömer.

II. bei **St. Nicolai:**
1) Pfarrer D. Hölscher.
2) Archidiakonus Dr. Dietzsch.
3) Erster Diakonus Schuch.
4) Für den zweiten Diakonus: Vikar Hantzsch.

III. bei **St. Matthaei:**
1) Pfarrer D. Nietzschel.
2) Archidiakonus Lic. Dr. Merbach.
3) Erster Diakonus Peschel.
4) Zweiter Diakonus Dr. Kühn.

IV. bei **St. Petri:**
1) Pfarrer Lic. Dr. Hartung.
2) Archidiakonus Dr. Schumann.
3) Erster Diakonus Sell.
4) Zweiter Diakonus Thieme.

V. bei **St. Jacob:**
Pfarrer Dr. Michaelis.

Leipzig, den 12. September 1888.

Superintendentur I.
D. Kaul.

Bekanntmachung.

Der macadamisirte Theil der
Dorotheenstraße
soll mit einer neuen Kuppage versehen werden und beginnen die diesbezüglichen Arbeiten
Montag, den 17. dieses Monats.
Von diesem Tage ab wird die bezeichnete Straße auf die Dauer der Arbeiten
für den Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 14. September 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7334. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß von muthwilliger Hand zur Nachtzeit die vor auszuhebenden Schleusen, Gas- und Wasserleitungsgräben angebrachten Sicherheitslaternen verlöscht, abgehängt, weggetragen oder zerbrochen, daß Sperrböcke umgeworfen oder weggetragen, Latten abgerissen oder verschleppt worden sind. Auch sind in Folge der muthwilligen Beseitigung derartiger Schutzvorrichtungen mehrfach Passanten in die Gasgruben gestürzt und haben sich hierbei Verletzungen zugezogen.

Wir warnen vor solchem Unfug unter Hinweis darauf, daß die Thäter, soweit nicht härtere Strafbestimmungen in Frage kommen, wegen Uebertretung des §. 360, 11 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder mit Haft zu bestrafen sind.

Leipzig, den 12. September 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 8276. Dr. Tröndlin. Dr. Krippendorff.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuer-Zuschlag von vier Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **30. September d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 6. September 1888.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Senkel, S.

Submission.

2650 qm Wegeanlagen für den neu anzulegenden Friedhof in Gohlis sollen öffentlich vergeben werden.

Bedingungen 2c. sind bei Herrn Architekt **M. Böhmenberg, Leipzig, Gerhardstraße 8, III.,** einzusehen.

Der Kirchenvorstand zu Gohlis.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 19. September 1888, Abends 6½ Uhr, im Saale der vormaligen Handelsbörse, am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Stiftungs- bez. Bau- und Oekonomie-Ausschusses über Ankauf der Parcelle Nr. 154 des neuen Flurbuchs für Thonberg, bauliche Herstellungen 2c. in der Heilanstalt Thonberg und Anrechnung der dem Director und Inspector zu gewährenden freien Station zum pensionsberechtigten Diensteinkommen.

II. Bericht des Finanz-Ausschusses über Stiftung von zwei mit Glasmalerei versehene Fenster für die Thomaskirche.

III. Bericht des Stiftungs- und Finanz-Ausschusses über: a. die Rechnungen des Armenamtes auf die Jahre 1881 bis mit 1886 2c.; b. das Specialbudget „Armenwesen", Hauptcento Ausgaben D Pos. 3 und E Pos. 7 des diesjährigen Haushaltplanes; c. Rückäußerung des Rathes auf Anträge des Collegiums zu dem Specialbudget „Armenwesen" des diesjährigen Haushaltplanes.

Königl. Sächs. Staatseisenbahnen.

Zum Kilometerzeiger der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen und der in Verbindung mit denselben verwalteten sonstigen Eisenbahnen für den Local-Güterverkehr, sowie für die Beförderung von Leichen, Fuhrwerken und lebenden Thieren **vom 1. April 1888** ist der **vom 17. September dss. J. ab gültige Nachtrag I** erschienen.

Derselbe enthält Aenderungen und Ergänzungen der Vorbemerkungen, sowie in Folge der für den 17. d. M. bevorstehenden Eröffnung des Betriebes auf der Verbindungsbahn zwischen Leipzig (Bayer. Bahnhof) und Plagwitz-Lindenau anderweite Entfernungen für die Verkehrsstellen Großzschocher und Plagwitz-Lindenau.

Abdrücke dieses Nachtrags können durch sämmtliche Güterexpeditionen bezogen werden.

Dresden, den 15. September 1888.

Königliche Generaldirection der Sächsischen Staatseisenbahnen.
Hoffmann.

Bekanntmachung,

die Betriebseröffnung auf der Verbindungsbahn Leipzig, Bayerischer Bahnhof—Plagwitz-Lindenau betreffend.

Das Finanzministerium hat beschlossen, den Betrieb auf der Verbindungsbahn Leipzig, Bayerischer Bahnhof—Plagwitz-Lindenau für den öffentlichen Güterverkehr am

17. September dss. Js.

zu eröffnen.

Die Leitung des secundairen Betriebes dieser Strecke erfolgt durch die Generaldirection der Staatseisenbahnen, welche die Tarife für diese Strecke bekannt geben wird.

Dresden, den 14. September 1888.

Finanzministerium.
Freiherr von Könneritz. Ehrlich.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten **September, October, November,** und **December 1887** verliehen oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht bis zum 30. September a. c. eingelöst werden, sollen den **2. November d. J. und folgende Tage** im Parterre-Locale des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten verfetzten Pfänder nach dem 30. September d. J. und **spätestens am 4. October a. c.** nur unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 ₰ von jeder Mark des Darlehns **eingelöst oder nach Befinden erneuert** werden; vom 5. October d. J. an, an welchem Tage der Auctionskatalog geschlossen wird, kann **lediglich die Einlösung** derselben unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 ₰ von jeder Mark der **ganzen Forderung** des Leihhauses stattfinden, und zwar nur bis zum 27. October d. J., von welchem Tage ab Auctionspfänder unwiderruflich **weder eingelöst, noch erneuert** werden können.

Es hat also vom 29. October d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen, und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösens und Versetzens anderer Pfänder während der Auction in dem gewöhnlichen Locales seinen ungestörten Fortgang

Leipzig, den 15. September 1888.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Städtische Gewerbeschule.

Die Studien des Winterhalbjahres beginnen
Montag, den 1. October a. c.,
der Tagescursus früh 8 Uhr, die Abendcurse um 6 bez. 7 Uhr.

Aufnahmen in die Gewerbeschule nach Maßgabe von § 4 der Schulordnung können wegen Mangels an Platz nur ausnahmsweise noch stattfinden.

Zur mündlichen Auskunftsertheilung ist der Unterzeichnete Sonntag, den 30. September, Vormittags von 11—12 Uhr im Schulgebäude bereit.

Leipzig, den 13. September 1888.

Der Director
Dr. Ludw. Nieper.

Nichtamtlicher Theil.

Die Zurechtweisung des Bischofs Strossmayer.

Bei Gelegenheit der Feier der Einführung des Christenthums in Rußland sandte der Bischof von Djakovar, Strossmayer, ein Telegramm nach Kiew, in welchem er seine Zustimmung zu den panslawistischen Bestrebungen unter Rußlands Führung aussprach. Kaiser Franz Joseph hat seine Anwesenheit in Belovar während der Manöver dazu benutzt, um dem Bischof sein Mißfallen über diese Kundgebung auszudrücken. Der Kaiser sagte: „Ich hätte nicht gedacht, daß einer meiner Unterthanen eines solchen Schrittes fähig wäre. Sie scheinen nicht gewußt zu haben, welchen gegen Staat und Kirche gerichteten Schritt Sie gethan haben. Dieser Vorgang hat in Oesterreich und Ungarn überall laute Zustimmung gefunden bis auf die bekannten Kreise, welche den Standpunct des Djakovarer Bischofs theilen. Das halbamtliche Wiener „Fremdenblatt" sagt dazu: „Die Slawen Oesterreichs wissen nun, daß Männer von der Gesinnung, welche Bischof Strossmayer unbewußt oder bewußt zur Schau getragen, sich in directen Gegensatz zur Krone stellen und dem Monarchen sowie den Interessen des gesammten Vaterlandes entgegenarbeiten."

Die Abfertigung, welche Kaiser Franz Joseph dem Bischof Strossmayer hat zu Theil werden lassen, mit allen begleitenden Umständen, gewährt allen denen eine sehr willkommene Genugthuung, welche den österreichischen Staatsgedanken der slawischen Politik gegenüber vertheidigt und hochgehalten haben. Die Politik, welche Prag zu einer slawischen Stadt gemacht, welche die Beschimpfung des Denkmals von Anastasius Grün in Laibach ermöglicht, welche die Beschimpfung der deutschen Turner in Trautenau, den Erlaß des Ministers Prazak über die Gerichtssprache in Böhmen und so vieles Andere veranlaßt hat, wird durch die kaiserlichen Worte mit getroffen, denn die letzte Consequenz dieser Politik ist die Vernichtung des österreichischen Staatsgedankens, welcher darauf beruht, daß die deutsche Nationalität in Oesterreich den Ton angiebt, daß die deutsche Sprache die Staatssprache und die Sprache der österreichischen Armee ist. Das Ministerium Taaffe hat den Versuch gemacht, die Ansprüche der Slawen mit denen der Deutschen zu versöhnen und mit einander in Einklang zu setzen, statt des Einklangs ist aber Streit und Verwirrung die Folge gewesen, die Slawen haben sich nicht mit den Deutschen versöhnen, sondern die Herrschaft an sich reißen wollen, und weil man ihnen nicht alles gegeben hat, was sie verlangen, sind sie statt zufrieden nur immer begehrlicher geworden, und die Vorkämpfer des Slawenthums richten ihre Blicke nicht nach Wien, sondern nach Moskau, weil sie von dort aus das Heil der Zukunft erwarten.

Die slawische Politik des Ministeriums Taaffe ist längst in die Brüche gerathen, ihre Unausführbarkeit ist mehr und mehr klar geworden, und deshalb hat sich bereits ein Umschwung im Sinne der Rückkehr zum österreichischen Staatsgedanken vollzogen, das Ministerium Taaffe ist im Laufe der Zeit ein anderes geworden, und wenn es das Eingeständniß, daß es sich auf einem falschen Wege befand auch nicht durch Worte ausgedrückt hat, seine Haltung während der letzten Jahre bezeugt, daß es seinen Irrthum eingesehen hat. Das Ergebniß der neunjährigen Versöhnungspolitik ist kläglich genug, die Deutschösterreicher sind dadurch in ihren Interessen schwer geschädigt worden, ohne die Slawen zu befriedigen, überall wo Slawen in Oesterreich in größerer Menge zusammen wohnen, gährt und brodelt es, die Regierung hat die Zahl ihrer Anhänger nicht vermehrt, wohl aber zeigt sich überall Unzufriedenheit, weil Viele über Verlorenes trauern und der Gewinn auf der Gegenseite als zu gering betrachtet wird, um deswegen die Regierung zu unterstützen.

Was die Deutsch-Oesterreicher für die Einbuße an Rechten entschädigt hat, ist allein die Befriedigung über die wachsende Festigkeit des Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland, durch dieses Bündniß hat die Sache der Deutsch-Oesterreicher eine Unterstützung und moralische Kräftigung gewonnen, deren sie bedurfte, um Trost für die ihnen auferlegten Leiden zu finden. Die Fortschritte in der Slawisirung Oesterreichs erhielten in dem Bündniß das Gegengewicht, dessen sie bedurften, um das Vertrauen auf eine bessere Zukunft nicht zu verlieren. Wenn etwas in Oesterreich versöhnend auf die erregten nationalen Leidenschaften gewirkt hat, so war es die Uebereinstimmung der öffentlichen Meinung mit der auswärtigen Politik des Gesammtministeriums, welche in der Bewilligung der erforderlichen Mittel zu ihrer Durchführung von Seiten der Delegationen ihren Ausdruck gefunden hat. Dieser wichtigen Thatsache gegenüber verliert das Telegramm des Bischofs Strossmayer an das Festcomité in Kiew den größten Theil seiner Bedeutung, es sinkt damit zu einer Privatkundgebung herab, welche allerdings mit den Empfindungen zahlreicher Slawen in Oesterreich und Ungarn übereinstimmt, aber es kann nicht als tonangebend gelten, um so weniger als der Kaiser Franz Joseph es persönlich als staats- und kirchenfeindlich zurückgewiesen hat. Der Gegensatz zwischen den Slawen Rußlands und den Slawen Oesterreichs unbeschadet ihrer nationalen Stammverwandtschaft ist in politischer Beziehung so scharf und in die Augen springend, daß nur größte Befangenheit des Urtheils ihn nicht bemerken kann, und den Muth findet, sich einen Zusammenhang zurecht zu machen, wie es dem Bischof Strossmayer vorbehalten blieb.

Der Panslawismus ist eine Form slawisch-nationalen Strebens, welche nur in Rußland gedeihen kann, weil sie die Zusammenfassung aller slawischen Völkerschaften unter einheitlicher Leitung voraussetzt. Mit diesem Streben stehen alle slawischen Völkerschaften in feindlichem Gegensatz, welche eine von Rußland unabhängige Entwickelung als Ziel verfolgen, also vor allen Dingen die Polen, welche unter dem Druck der russischen Despotie seufzen, dann die Balkanvölker, welche nach staatlicher Unabhängigkeit ringen, wie Bulgaren, Serben, Rumänen, Griechen. Die panslawistische Idee hat seltsamer Weise stets Widerhall gefunden bei den Czechen und bei einem Theil der in Ungarn wohnenden Slawen, die Polen in Galizien wollen davon so wenig wissen wie die Polen im Königreich Polen mit der Hauptstadt Warschau. Zu keiner Zeit war aber die Abneigung der österreichisch-ungarischen Regierung gegen die einheitliche Gestaltung der slawischen Bestrebungen größer als nach dem Staatsstreich von Sofia, durch welchen es klar wurde, daß die Wünsche der slawischen Balkanvölker, mit Ausnahme der Montenegriner, sich niemals mit den Absichten Rußlands in Einklang setzen lassen würden. Oesterreich ist durch den Entwickelungsgang, welchen die internationalen Beziehungen genommen haben, zu der Ueberzeugung gedrängt worden, daß die slawische Politik nicht die richtige sein kann, weil sie Oesterreich mit sich selbst, mit den wichtigsten Interessen des Landes in Widerspruch setzt. Die Ereignisse reden eine so laute und eindringliche Sprache, daß auch die österreichische Regierung sich ihrer Einwirkung nicht mehr entziehen kann. Auch unter den veränderten heutigen Verhältnissen versucht das Ministerium Taaffe an den Umrissen seiner ursprünglichen Politik festzuhalten, die Versöhnungsbestrebungen sind noch nicht aufgegeben, aber sie haben im Laufe der Zeit ihren eigentlichen Charakter, nämlich den der Schwächung und Herabdrückung der deutschen Nationalität zu Gunsten der slawischen eingebüßt, der moralische Einfluß des deutsch-österreichischen Wesens als des Trägers des österreichischen Staatsgedankens ist wieder im Aufblühen und im Wachsen begriffen, wenn auch scheinbar mit dem slawischen Programm noch nicht gebrochen ist. Kundgebungen wie die des Kaisers Franz Josef in Belovar sind von höherem Werth für die Rückkehr zur deutsch-österreichischen Politik, als große Reden im Parlament. Solchen Reden wohnt stets eine Schärfe bei, welche ihre Wirkung beeinträchtigt, und das Geständniß, geirrt zu haben, auf der Gegenseite verhindert. Die politische Umkehr muß unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Thatsachen eintreten, und deshalb kann sie nicht mehr lange ausbleiben.

Leipzig, 16. September.

* Die Berathungen, welche augenblicklich im **preußischen** Ministerium der öffentlichen Arbeiten unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Maybach stattfinden und sich auf die Abwehr von Ueberschwemmungsgefahren beziehen, nehmen einen sehr eifrigen Fortgang. Gleichzeitig ist man mit Maßnahmen beschäftigt, welche sich auf Linderung der jetzt entstandenen Noth und Ersatz des Schadens beziehen. Es werden zweifellos dem Landtage darüber Vorlagen zugehen und ziemlich umfassende Mittel dafür gefordert werden. Bestätigt wird, daß Verhandlungen mit der österreichischen Regierung eingeleitet worden sind, welche sich auf gemeinsame Maßregeln zur planmäßigen Abhilfe von Wassernoth in Schlesien beziehen.

* Wer in den letzten Wochen die Auslassungen verschiedener Zeitungen über das von der **lippischen** Regierung in Aussicht gestellte Thronfolge- und Regentschaftsgesetz gelesen hat, muß zu der Meinung gekommen sein, daß im Lipperlande zur Zeit ein heftiger Volkskampf tobt, in dem die Losungen sind „Hie Schaumburg-Lippe", „Hie Lippe-Biesterfeld". Nichts von dem ist der Fall! Maßgebend für heimathliche Landtagswahlen sind fast nur örtliche und persönliche Gesichtspuncte. Die große Masse der Bevölkerung verhält sich der Thronfolgefrage gegenüber bis jetzt völlig theilnahmlos. Ist doch die in Aussicht gestellte Vorlage noch nicht einmal eingebracht! Die Neuwahlen zum Landtage finden vermuthlich im October statt. Unter der Hand sind alle Parteien schon eifrig bei der Arbeit, vor Allem die besonders durch die Geistlichkeit begünstigte conservative Partei, welche sich eifrig bemüht, die bei den letzten Reichstagswahlen erlittene Niederlage nun wenigstens bei den Wahlen zum Landtage wieder gut zu machen. Im Allgemeinen wird indessen die Zusammensetzung des Landtages wieder ungefähr dieselbe bleiben wie bisher.

* * *

* **An Stelle Trefort's** schlug **Tißa den Grafen Albin Csaky** zum **Unterrichtsminister** vor; Csaky erklärte sich zum Eintritt ins Cabinet bereit.

* Der Sultan hat ein Irade erlassen, welches die **Einberufung des ersten Aufgebots der Reserve** anordnet. Diese überhaupt erstmalige Einberufung ist ein Ergebniß der bisherigen Arbeiten zur Reorganisation der türkischen Armee, an welchen hauptsächlich unter Landsmann Oberst von der Goltz (dien General Goltz Pascha) Antheil hat. Die Zahl der Berufenen dürfte zwischen 25 000 und 30 000 schwanken. Dem Ergebnisse des Befehles wird mit besonderer Erwartung entgegengesehen. Eine politische Bedeutung ist der Thatsache in keiner Weise beizumessen. Gleichzeitig hat der Sultan bestimmt, daß von nun an alljährlich „Generalstabsreisen" stattzufinden haben nach Muster der preußischen. Gegenwärtig sind achtzehn aus dem Unterrichte des genannten Generals hervorgegangene Officiere mit dem Beginne einer allgemeinen Landesaufnahme beschäftigt, die bis zur Stunde einige Blätter ergeben hat, welche man unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse als vortrefflich gelungen bezeichnen kann.

* **Wenn die französische Deputirtenkammer** sonst geneigt ist, die **Abstimmung nach Arrondissements** wiederherzustellen, so findet sie diesen Beschluß vorbereitet durch die Generalräthe. Laut den im Ministerium des Innern eingelaufenen Berichten haben von den Generalräthen der 85 Departements sich 53 für die Arrondissementsabstimmung erklärt, in vieren wurde der Antrag verworfen, in 27 Departements wurde den Generalräthen die Frage nicht vorgelegt. Da Floquet mit Boulanger und Beide mit Clemenceau die Revision der Verfassung betreiben, so könnte diese Frage bis dahin vertagt werden, wenn nicht zugleich die Auflösung der Kammer vor der Revisionsarbeit verlangt würde. Die Zusammensetzung dieser neuen Deputirtenkammer wird aber den Ausschlag geben, was unter Revision gemeint sei: die beschränkte Durchsicht Floquet's oder die breite Clemenceau's oder die unbegrenzte Boulanger's. Die Demagogie arbeitet sichtbar auf die letztere hin, und man hat sich darauf gefaßt zu machen, daß, wenn einmal einige Bretter aus dem wurmstichigen Barackenbau der dritten Republik herausgezogen werden, das ganze luftige Gebäude zusammenstürzt. Allerdings erscheint dies den Elyséeblättern wie den Freunden Floquet's sehr wahrscheinlich, denn man geht heute bereits so weit, Carnot's Aufnahme in der Normandie als „ein Plebiscit zu Gunsten der gemäßigten Republik" darzustellen. Die Normandie ist allerdings überwiegend ruhiger und gemäßigter als das südliche Frankreich und zumal als Paris; aber ihre „Begeisterung" scheint sich doch sehr ins Blaue hinein zu äußern; diese Präfecten und Bürgermeister hatten nur Eins im Auge: sich des Präsidenten Gunst und Zufriedenheit zu erwerben, da er der Mann ist, Ehrenlegionskreuze und sonstige Gnaden zu verleihen. „La Paix" ist überhaupt sehr erfinderisch in schönen Aussichten; so liest man allen Ernstes, Bismarck wolle den Frieden und habe König Humbert und Crispi vollständig in der Hand, „indem er ihnen die Möglichkeit einer mehr oder minder directen Einmischung Deutschlands zu Gunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaates zeige". Bismarck mit Windthorst und mit den französischen Chauvinisten einen Feldzug nach Rom in Aussicht stellen — das ist allerdings etwas Neues. Uebrigens hat Bismarck die Ehre, auch vom „Soleil" als derjenige gefeiert zu werden, der das Ministerium Crispi von einem Kriege gegen Frankreich zurückhielte; das hat allerdings einen recht triftigen Grund: denn, sagt „Matin", „Bismarck kann nichts thun, weil er an Bleichröder gebunden ist"!

* Seit einigen Tagen kommen soeben von der **algerisch-marokkanischen,** als der **tunesisch-tripolitanischen Grenze** Nachrichten von **Grenzüberschreitungen** und Reibereien zwischen den Grenzstämmen, bei denen wiederholt wirkliche Kämpfe stattgefunden haben. Nach französischen Berichten sind die Algerier bezw. Tunesen überall Sieger geblieben und haben die Angreifer, denn als solche werden die anderen Grenzstämme dargestellt, überall mit starken Verlusten zurückgeworfen, was umso glaubhafter scheint, als die französische Regierung sich große Mühe gegeben hat, die Grenzwachen möglichst militairisch zu organisiren. Größere